

Sohrauer Stadtblatt.

Ämtliches Publikations-Organ der Behörden von Sohrau D.-S., sowie der Vereine.

Mit der Gratis-Unterhaltungs-Beilage „Musikirtes Sonntagsblatt“.

Erscheinung

Wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend.
Bezugspreis: Vierteljährlich am Orte 4,00 M.,
bei allen Postämtern 4,50 M.

Druck und Verlag:

B. Gnnold's Stadtbuchdruckerei, Sohrau D.S.
Verantwortlicher Redakteur: Paul Gnnold.

Anzeigen-Preis:

für die einseitige Zeile oder deren Raum 75 Pf.
Inseraten-Kammar bis nachmittags 1 Uhr der dem
Erscheinungstage.

Nr. 49.

Samstag, Nr. 49.

Mittwoch, den 2. November 1921.

Postfachkonto
Breslau 18663

43. Jahrg.

Rundschau.

Revision der Reparation.

Paris, 28. Oktober. Der Newyorker Korrespondent der „Times“ meldet: Verschiedene internationale Bankiers, die mit der Kreditierung der ersten deutschen Reparationsrate beauftragt waren, sind benachrichtigt worden, daß die nächste Reparationsrate, die am 15. November fällig ist, erst im Februar oder März nächsten Jahres eingefordert werden dürfte. Die betreffenden Bankiers glauben, daß das ganze Reparationschema aufzulösen sei, und zwar spätestens im März revidiert werden.

„Jeder Deutsche muß zahlen!“

Paris, 28. Oktober. Im Senat Interpellierte Senator Henry de Jouvenal über die auswärtige Politik der Regierung und das Programm für die Konferenz in Washington und erklärte, selbst diese nicht dieselben Fehler machen wie Wilson. Die Frage der militärischen Abrüstung im Lande sei eng verknüpft mit dem Problem der Abrüstung zur See. Im augenblicklichen Zustand könne man nicht verwirklichen, denn 60 Millionen stünden gegen Frankreich (?!).

Brüand beantwortete die Interpellation und erklärte, wegen der Entwaffnung Deutschlands sei nach den Berichten des Generals Nollet im Augenblick für Frankreich keine Gefahr. Auch die Gefahr der bayerischen Einwohnerwehren sei durch das Eingreifen Dr. Wirths abgewendet. Es sei aber auch weiterhin Druck auf Deutschland nötig. Bezüglich Oberschlesiens lobte Brüand die Unparteilichkeit (?) des Schiedsgerichtes von Genf. Deutschland habe die Entscheidung angenommen, damit sei diese Angelegenheit erledigt. Wenn Deutschland eine leere Staatskasse habe, so besage der Vertrag von Versailles, daß nicht nur der Staat, sondern jeder Deutsche mit seinem mobilen und immobilien Vermögen zahlen müsse.

Der Senat nahm ein Vertrauensvotum für Brüand mit 301 gegen 9 Stimmen an.

Ablehnung neuer Forderungen der Entente.

Berlin, 30. November. Die Entente hat an die Forderung der auf Friedensarbeit urgeinsten und in eine Arbeitsgemeinschaft „Deutsche Werke“ umgewandelten ehemaligen Reichsmilitär- und Marineverwaltungen neuerdings Forderungen gestellt, die die wirtschaftliche Existenz der jetzigen „Deutschen Werke A.-G.“ in Spandau, Kiel, Emsfurt und München ernstlich gefährden und einen großen Teil ihrer Arbeiterschaft mit dem Verluste ihres Broterwerbs bedrohen. Insbesondere soll die Herstellung von Jagdabwehren und Luxuspielen bis 1. März 1922 ganz eingestellt und ein Teil der leistungsfähigsten militärisch in keiner Weise in Frage kommenden Einrichtungen beseitigt werden. Die Gebäude, für die keine Ersatzindustrie in so kurzer Zeit zu beschaffen ist, müssen dann niedergegriffen werden. Die Leitung der „Deutschen Werke“, an deren Spitze Generaldirektor Dr.-Ing. Weiskopf, früher bei den Dillinger Werken in Lothringen steht, hat nun beschlossen, sich diesen Forderungen der Entente-Kontrollkommission d. h. General Nollet, nicht mehr zu unterwerfen. Sie hat es der Kommission überlassen, sich mit ihren Forderungen an die deutsche Reichsregierung zu wenden. Die jetzt von der Entente zur Befestigung verurteilten Fabrikationszweige sind von ihr ausdrücklich zugelassen worden. Die Arbeitslosigkeit steht entschieden auf Seiten der Generaldirektion und erklärte durch ihren Sprecher bei einer am Freitag im Reichstheater in Spandau veranstalteten Zusammenkunft mit Vertretern der Presse, daß auch sie sich dem

neuen Willkürakte der Entente nicht unterwerfen wolle.

Der frühere Kultusminister von Stadt f. Berlin, 29. Oktober. Der frühere langjährige preussische Kultusminister Dr. von Studt ist heute in Berlin im Alter von 83 Jahren gestorben.

König Ludwigs letzte Fahrt.

München, 30. Oktober. Der Zug mit der Leiche König Ludwigs III. von Bayern traf heute mittags 1 Uhr 5 Min. an der bayerischen Grenzstation Freilassing ein, deren Bahnhof mit Trauerflor und Vorbeeren dekoriert war. Auf dem Bahnhof hatten sich der Schwiegersohn des Königs Preysing, ferner als Vertreter der bayerischen Regierung der Kultusminister Dr. Marx, sowie zahlreiche Offiziere und Beamte und zahlreiche Leute aus der Einwohnerschaft der umliegenden Ortschaften eingefunden. Bei der Einfahrt spielte die Militärkapelle den Präzedenzmarsch. Die gesamte Gesellschaft nahm die Aussegnung des Sarges vor, worauf Kränzspenden niedergelegt wurden. Prinz Franz dankte den Beteiligten, worauf um 1 Uhr 30 Min. der Zug die Fahrt nach Wildenwart fortsetzte, von wo die Leiche am 4. November nach München gebracht wird, um am Tage darauf mit den höchsten Leberreihen der Königin Maria Theresia beigesetzt zu werden.

Karl weigert sich abzudanken.

Budapest, 31. Oktober. Wie gemeldet wird, ist es der ungarischen Regierung bisher trotz aller Bemühungen nicht gelungen, König Karl zur Thronentagung zu bewegen. Karl weigert sich mit größter Bestimmtheit abzudanken. Wie heute in Budapest verlautet, wird die ungarische Nationalversammlung am Mittwoch zusammentreten und durch eine Abänderung der Verfassung die Enthronung Karls gemäß den Forderungen der Entente aussprechen. Bemerkenswert ist übrigens, daß in der Note der großen Entente nur die Absetzung Karls verlangt wird, während die Vertreter der kleinen Entente gestern in einer Note von der ungarischen Regierung die Absetzung der gesamten Habsburger Dynastie verlangten. Es fragt sich nun, wie dieser Meinungsverschiedenheit Rechnung zu tragen werden soll. Auf Grund zuverlässiger Informationen wird mitgeteilt, daß sich in der Nationalversammlung nur eine Mehrheit für die Enthronung Karls, nicht aber für die ganze Dynastie finden wird. Da man erwartet, daß die Nationalversammlung die Absetzung Karls beschließen wird, sind die Vorbereitungen zum Abtransport des Königs bereits in vollem Gange. Der Kommandant der englischen Donauflotte, Vizeadmiral Sandor, hatte gestern Abend eine Besprechung mit dem Außenminister Grafen Bunschy, der auch Vertreter der großen Entente bewohnte.

Dampferunglück auf dem Wannensee.

Berlin, 30. Oktober. Auf dem Wannensee sind zwei Dampfer zusammengefahren; ein Dampfer ist gesunken. Nach den vorliegenden Meldungen sind 10 Personen ertrunken.

Oberschlesien.

Die Antwortnote der Entente auf die Rechtsverwahrung der deutschen Regierung.

Berlin, 30. Oktober. Der deutsche Botschafter in Paris hat auf die Note der Deutschen Regierung vom 27. Oktober folgende Note erhalten:

Exzellenz

haben durch Ihre Note vom 27. Oktober mitgeteilt, daß die Deutsche Regierung gemäß

der von den alliierten Mächten am 20. Oktober 1921 getroffenen Entscheidung über die Festsetzung der Grenze zwischen Deutschland und Polen in Oberschlesien die in dieser Entscheidung vorgesehenen Delegierten, deren Namen ohne Verzögerung mitgeteilt werden müssen, bezeichnen wird.

Ich habe die Ehre, Ihnen zur Kenntnis zu bringen, daß die alliierten Mächte von dieser Mitteilung Kenntnis genommen haben. Aber sie können nicht zugeben, daß die von Ihnen auf Grund des Artikels 88 des Vertrages von Versailles getroffene Entscheidung irgend eine Verletzung dieses Vertrages darstellt. Folgedessen betrachten sie den Protest der Deutschen Regierung als unbegründet und als null und nichtig. Sie wollen von der Mitteilung, die Ihnen von Exzellenz gemacht worden ist, nur die bedingungslos und vorbehaltslos Erklärung der Deutschen Regierung zurückbehalten, daß sie sich allen Anordnungen der Entscheidung vom 20. Oktober mit dem sich daraus ergebenden Folgen fügen werde, wie sie der Friedensvertrag Deutschland auferlegt.

Die vier Kommissionen.

Berlin, 29. Oktober. Nach der Entscheidung der Botschafterkonferenz über Oberschlesien müssen insgesamt vier Kommissionen ernannt werden:

1. Eine Kommission für die Verhandlungen über die Wirtschaftsbestimmungen und über den Schutz der Minderheiten. Die deutschen Bevollmächtigten sind Reichsminister a. D. Schiffer und Staatssekretär a. D. Lemow. Die Unterkommissionäre werden voraussichtlich heute ernannt werden.

2. Eine gemischte Kommission für Oberschlesien, bestehend aus zwei Deutschen und zwei Polen, die aus Oberschlesien gebürtig sind, und aus einem Präsidenten fremder Nationalität, der vom Völkerbundsrat bestimmt wird. Die Delegierten sind noch nicht ernannt. Wahrscheinlich werden von deutscher Seite der Geh. Bergrat Bunge und Oberbürgermeister Dr. Stephan, Deutschen ernannt werden.

3. Ein Schiedsgericht, für das ein deutscher Schiedsrichter bestimmt werden muß. Die Ernennung ist bisher noch nicht erfolgt.

4. Die Grenzfestsetzungskommission für Oberschlesien. Als Kommissar kommt Herr von Treutler in Betracht, der bisher bei der Grenzfestsetzung zwischen Deutschland und Polen tätig war. Als Unterkommissar wird Graf Bodenwils tätig sein, der ebenfalls bei der bisherigen deutsch-polnischen Grenzfestsetzungskommission beschäftigt war.

Durchführung der ober-schlesischen Bestimmungen bis zum 31. Dezember.

Paris, 30. Oktober. Aus Regierungskreisen verlautet, daß der Botschafterrat die Frist zur Durchführung aller in der ober-schlesischen Entscheidung enthaltenen Bestimmungen bis zum 31. Dezember d. J. festsetzen wird, und zwar unter Aufrechterhaltung der internationalen Befehls bis zu diesem Zeitpunkt.

Befestigungsbauer bis 31. Januar.

Düsseldorf, 31. Oktober. Die Düsseldorf Nachrichten melden aus London: In einem Telegramm der Temps aus Paris vom 29. d. Mts. heißt es: Der Botschafterrat hat die Befestigungsbauer der alliierten Truppen im ober-schlesischen Abstimmungsgebiet bis 31. Januar verlängert, und zwar auf Ersuchen der polnischen Regierung. In Paris und Warschau rechnet man mit einer längeren Dauer der polnisch-deutschen Kommissionsverhandlungen, während welcher Zeit die alliierten Truppen das Land nicht verlassen sollen.

Die „Morningpost“ meldet aus Warschau, daß der polnische Kabinettsrat an seiner For-

berung auf Gleichberechtigung der polnischen Mark neben der deutschen Mark im zukünftigen ober-schlesischen Wirtschaftsgebiet unbedingt festhält.

Ein polnisches Ministerium für die befreiten Gebiete.

Warschau, 30. Oktober. Wie die Blätter melden, wurde Wypłoki zum Minister der vom preussischen Jode befreiten Gebiete ernannt.

Amnestie für Polnisch-Oberschlesien.

Warschau, 30. Oktober. Die polnische Regierung hat für den an Polen fallenden Teil des ober-schlesischen Gebiets eine allgemeine Amnestie vorbereitet, die alle bisher ungeführten Straftaten von Angehörigen der beiden Nationen umfasst, auch mit wenigen Ausnahmen die nicht-polnischen Vergehen.

Ritt über Oberschlesien.

Rom, 31. Oktober. Der frühere Ministerpräsident Ritt wendet sich in einem Blattartikel gegen die Entente wegen der finanziellen Anforderungen an Deutschland. Deutschland könne unmöglich weitere solche Reparationen zahlen, welche ihm auferlegt würden, um es zu ruinieren. Die Entente wolle Deutschland nicht leben lassen, wie die Kontrollkommission und die ungeheuren Verschönerungen zeigten, und nicht zuletzt die ungeredete Zuteilung Oberschlesiens an Polen. Deutschland habe bisher die Ententeschläge leidlich ausgehalten, aber so dürfe es nicht im Frieden weitergehen, weil Deutschland und ganz Europa ruiniert würden.

Protest der ehemaligen Insurgenten.

Kattowitz, 26. Oktober. Die heute versammelte Orts- und Kreisleiter des Verbandes ehemaliger Insurgenten für Oberschlesien erklärten, dass dem Polen zugesprochenen Teile Oberschlesiens erhebliche einmütigen und klaren Protest gegen die Entscheidung, die der Völkervertrag über unsere Heimat gefällt hat. Mögen wir polnisch oder deutsch gestimmt haben, so sind wir darin einig, dass unser Oberschlesien nicht auseinandergerissen werden darf. Diese Teilung ist der Ruin unseres Landes und das Verderben für unser Volk. Wir halten darum auch weiterhin an der Unteilbarkeit unserer Heimat und an der Zusammengehörigkeit unseres Volkes fest. Die ganze Welt wird erkennen, dass an unserem Volk und Lande das größte Unrecht verübt worden ist. Wir Oberschlesier werden uns nie mit dem aufgezwungenen Entscheidungsspruch zufrieden geben. Oberschlesien gehört uns ganz und ungeteilt. Wir besitzen auch die Fähigkeit, dieses Land selbst zu verwirklichen. Polnisch- und deutschstämmige Oberschlesier werden sich paritätisch darin teilen. Polnische und deutsche Sprache werden in Oberschlesien gleichberechtigt sein. In wahrer Parität muss ganz Oberschlesien regiert werden. Das ist unser Wunsch. Alle gleichgestellten Heimatgenossen fordern wir auf, sich uns anzuschließen. Nur so kann es gelingen, unser Land einer glücklichen Zukunft entgegen zu führen.

Im Namen der versammelten Leiter des Verbandes ehemaliger Insurgenten in dem Polen zugesprochenen Teile Oberschlesiens

Franz Merz,

Vorsitzender ehemaliger Insurgenten-Offiziere und Abteilungs-Kommandanten.

Organisches Statut der Wojewodschaft Schlesien.

Wir bringen hiermit eine Übersetzung des für die Gestaltung unserer Zukunft so hochwichtigen Wojewodischen Statuts. Wir raten unseren politisch interessierten Lesern an, sie anzusehen und anzunehmen.

1. Allgemeine Vorschriften.

§ 1.

Die Wojewodschaft Schlesien umfasst alle schlesischen Gebiete, sowohl von Tschechien-Schlesien, als auch die auf Grund des § 88 des Versailler Vertrags mit Deutschland vom 28. Juni 1919 Polen zugesprochenen Gebiete.

Die Wojewodschaft Schlesien ist ein untrennbarer Bestandteil der polnischen Republik und besitzt das Selbstverwaltungsrecht gemäß den Vorschriften des vorliegenden organischen Statuts.

Das Plebiszit-Gebiet von Österreich- und Preussisch-Schlesien, das Polen zugesprochen wird, bildet eine Verwaltungseinheit, der das organische Statut die Bezeichnung „Wojewodschaft Schlesien“ gegeben hat. Die Wojewodschaft erhält die Autonomie, d. h. sie hat eine selbständige Körperschaft, den höchsten Herrn, der nach den Vorschriften des organischen Statuts Gesetze beschließen kann. Im Zuständigkeitsbereich des schlesischen Herrn darf der Herr der polnischen Republik in Warschau keine Gesetze für Schlesien beschließen. Die Wojewodschaft Schlesien wird kein mit Polen lose verbundener selbständiger Staat, sondern ein Teil Polens, allerdings mit der Ein-

schränkung, dass Polen die für Schlesien zugesprochenen Rechte nicht ohne Einverständnis des schlesischen Herrn schmälern darf.

§ 2.

Die bisherigen Gesetze und Verordnungen, die am Tage des Inkrafttretens dieses Statuts innerhalb der Grenzen Schlesiens verbindlich waren, behalten weiterhin Geltung, wenn sie nicht gemäß den Vorschriften dieses Statuts aufgehoben werden.

Alle Gesetzvorschriften, die von der deutschen oder preussischen Regierung bezug von den zuständigen deutschen oder preussischen Behörden, für Tschechien-Schlesien von der österreichischen Regierung und für Oberschlesien und Tschechien-Schlesien von den Regierungen- und Plebiszit-Kommissionen erlassen wurden, sind weiterhin verbindlich, wenn sie nicht durch vorliegendes Statut abgeändert oder später aufgehoben oder abgeändert werden.

§ 3.

Alle Bewohner der Wojewodschaft Schlesien, die das Bürgerrecht der Republik Polen besitzen, sind gleichberechtigt 2) und alle Ausnahmeweise 3) werden mit Inkrafttreten des vorliegenden Statuts 4) aufgehoben.

1) Laut Artikel 91 des Friedensvertrages mit Deutschland erlangen alle Bewohner Oberschlesiens ohne Rücksicht darauf, wo sie geboren sind, von Rechts wegen das polnische Bürgerrecht, wenn sie vor dem 2. Januar 1908 hier anässig gewesen sind. Andere Personen können grundsätzlich das polnische Bürgerrecht nur mit Einverständnis der zuständigen polnischen Behörde erlangen. Die Bewohner, die von Rechts wegen das polnische Bürgerrecht erwerben, können innerhalb 2 Jahren von der Zuteilung des Abstammungsgebietes an Polen gerechnet für Deutschland optieren, d. h. vor der zuständigen Behörde erklären, dass sie auf das polnische Bürgerrecht verzichten und Bürger des deutschen Reiches bleiben wollen. Diese Personen können innerhalb eines Jahres vom Tage der Option an Polen verlassen und ihr bewegliches Gut ohne irgendwelche Ausnahmsgebühren mitnehmen.

Das unbewegliche Gut bleibt weiterhin ihr Eigentum. Polen darf diese Personen ein Jahr nach der Option nicht als Ausländer ausweisen. Personen polnischer Nationalität mit deutschem Bürgerrecht können gleichfalls binnen 2 Jahren für Polen optieren. Ihnen muss das Deutsche Reich dieselben Vorteile zubilligen, die Polen den für Deutschland Optierenden zuerkannt hat. Der Wechsel der Staatsangehörigkeit des Mannes zieht den Wechsel der Staatsangehörigkeit der Frau und der Kinder unter 18 Jahren nach sich; Personen über 18 Jahre können selbst optieren.

Personen, die in dem Polen zugesprochenen Gebiet geboren sind und denen das Bürgerrecht eines anderen Staates nicht zuzugewiesen, erwerben die polnische Staatsangehörigkeit von Rechts wegen. In diesem Falle spielt weder der gegenwärtige Wohnort, noch die Nationalität oder die Staatsangehörigkeit der Eltern eine Rolle. Das Kind solcher Eltern, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und ihren ständigen Wohnort in Deutschland oder Amerika gehabt haben, ist polnischer Staatsbürger, wenn es auf dem Polen zugesprochenen Gebiet geboren ist und keinerlei Staatsangehörigkeit gehabt hat. Diesen Personen steht das Optionsrecht nicht zu.

Für Personen deutscher, österreichischer, ungarischer oder russischer Staatsangehörigkeit, die in dem Polen zugesprochenen Gebiete geboren sind, erwerben die polnische Staatsangehörigkeit von Rechts wegen, wenn ihre Eltern zur Zeit der Geburt des Kindes ihren ständigen Wohnort auf polnischem Gebiet hatten.

Eine solche Person darf binnen 2 Jahren nach Erlangung des polnischen Bürgerrechts zu Gunsten eines Staates optieren, dessen Bürger sie gewesen sind.

Laut Artikel 278 des Friedensvertrages muss das Deutsche Reich diese Personen der Verpflichtungen der deutschen Staatsangehörigkeit entheben. Solange das nicht der Fall ist, kann das Deutsche Reich diese Personen gleichfalls als deutsche Staatsangehörige betrachten.

Uebrigens kann jeder Pole das polnische Bürgerrecht auf Grund des § 3 des Gesetzes über Staatsangehörigkeit erwerben, das den in der Welt verstreuten Polen und ihren Nachkommen gestattet, ins Reich zurückzukehren und die polnische Staatsangehörigkeit anzunehmen ohne Rücksicht darauf, wo sie geboren sind.

Ehefrauen haben immer die Staatsangehörigkeit des Ehemannes.

2) Die Gleichberechtigung wird allen Bürgern und Bürgerinnen der polnischen Republik zugesichert, die in oben erwähnter Weise die Staatsangehörigkeit erwerben. Die aus der Gleichberechtigung sich ergebenden Rechte gibt am besten Artikel 7 des internationalen Vertrages vom 28. Juni 1919 wie folgt wieder: „Alle polnischen Bürger sind vor dem Gesetz gleich. Sie

erkennen sich alle der gleichen zivilen und politischen Rechte ohne Unterscheidung der Nationalität, Sprache und des Einkommens.“

Der Unterschied in der Religion, im Glauben oder Bekenntnis wird für den polnischen Bürger kein Hindernis bilden, die zivilen oder politischen Rechte in vollem Umfang für sich in Anspruch zu nehmen, besonders was den Zutritt zu den öffentlichen Ämtern betrifft, sowie bei jeder Tätigkeit oder dem Erwerb von Auszeichnungen, bei Ausübung irgend eines Berufes oder Gewerbes. Es darf keine Verordnung erlassen werden, die die polnischen Bürger in der Freiheit beschränken würde, irgendeine Sprache in privaten Angelegenheiten, im Handel, in Wissenschaft- und Pressangelegenheiten, in irgendwelchen Publikationen oder in öffentlichen Versammlungen zu benutzen.

Ohne das Recht der polnischen Regierung auf Einführung einer Amtssprache einzuschränken, müssen die polnischen Bürger nicht-polnischer Sprache vorantretende Gleichstellungen mit Bezug auf den Gebrauch ihrer Sprache mündlich und schriftlich vor den Gerichten haben.“ Auf Grund des freien Sprachgebrauchs im Handel darf jeder die Geschäftsbücher in seiner Sprache führen, deren er sich bedienen will, und die Regierung hat kein Recht zu fordern, dass der Kaufmann die Geschäftsbücher, Briefe, Wechsel usw. für die Behörden übersetzen lässt. Ebenso dürfen Zeitungen in jeder Sprache erscheinen, und in Versammlungen und Vorträgen darf jede Sprache benutzt werden.

3. Die Ausübung der Ausnahmeweise ist zur Durchführung der Gleichberechtigung notwendig und zwar deshalb, damit diese Gesetze nicht den Bürgern deutscher Nationalität angewendet werden, wie das die deutsche und preussische Regierung den Polen gegenüber getan hat.

4. Die Ausnahmeweise verlieren mit dem Tage der Polen zugesprochenen Gebiete durch Polen ihre Verbindlichkeit.

Kokales u. Provinzielles.

Sobran O.-S., den 1. November 1921.

§ (Mierseelen.) Am heutigen Allerheiligentage, dem Tage der Mierseelen, wanderten viele hundert von Menschen nach dem katholischen Friedhof, um die Gräber ihrer Angehörigen mit Blumen und Kränzen zu schmücken und abends mit Kerzen zu beleuchten. — Mierseelen! Welch eine Gedankenflut birgt dieses Wort doch in sich. Wieviel liebe Erinnerungen werden wachgerufen und wie schmerzhaft ist ein Säulen in das an uns alle heranretende Unvermeidliche. Man denkt zurück an Zeiten hellen Sonnenscheins und im Geiste durchstöbert man die gemeinsam durchlebten Stunden noch einmal... Die Lebenden grüßen die Toten...

§ (Verurteilter Antidieb.) Der 28. des Monats März d. J. des hochw. Arzt Herr Doerfer hier gekannten Antos ist bald darauf in der Person des Uhrmachers E. in Jaroslaw in Galizien erwischt worden. Der Straftat des Diebstahls in Krakau hat E. wegen Gebrauchsdiebstahls zu 1 Jahr schwerer Arbeit unter Anrechnung der Untersuchungshaft von ca. 7 Monaten verurteilt. E. hat seine Complices nicht verraten.

§ (Ueberfall.) Gestern abend 7 Uhr ist der Herrschaftsbesitzer des „Sobraner Stablatens“ im Arbeitszimmer seiner Buchdruckerei von drei brennenden Mannspersonen überfallen und schwer misshandelt worden. Alsdann verschwand die Attentäter unerkannt. Kurz darauf wurde der Kaufmann Arnold Hollander von hier in der Nähe seines Hauses von unbekannten Personen überfallen und misshandelt. Aufsehend handelt es sich hier um dieselben Täter. Auch der Eisenbahnbeamte Wietzorek ist, wie uns gemeldet wird, gestern abend auf der Bahnhofstraße von zwei Männern überfallen und schwer misshandelt worden.

* (Erhöhung der Beamtengehälter.) Ueber die Frage des Anstehens des Besoldungswesens und der wegen der weiter eingetretenen Lohnerhöhung für die Beamten zu treffenden Maßnahmen wurden seit mehreren Tagen Verhandlungen zwischen Vertretern der Reichsregierung und den beauftragten Syndikatsorganisationen geführt, die zu einer Verständigung führten. Wenn auch die Wünsche der Beamten nicht reiflos erfüllt werden konnten, wurde doch die Erhöhung der Grundgehälter aufgehoben, die sich als notwendig erwiesen hatte, weil sonst die wandelbaren Lohnerhöhungen in ein zu großes Missverhältnis zu den festen, pensionsfähigen Bezügen gekommen wären. Auch der Ortszuschlag und der Kinderzuschlag sollen wesentlich erhöht werden, dagegen kann der Turnungsbeitrag wieder in ein günstiges Verhältnis zu den Grundbezügen gebracht werden. Es ist ein Satz von 20 Prozent vorgegeben

Die schönsten Handarbeiten

nach den vorzüglichsten Anleitungen
und herrlichen Mustern von
Weyers Handarbeitsbuch: ein



Kunstbüchlein • Schönen-Arbeiten
(3 Bände) Strick-Färberei für
Kinder-Kleidung • Kellim-Suckerei
Tuchstamm- und Leinwanddruck •
Flecht-Färberei (3 Bde.) • Sonne,
Spiegel • Nadel-Spitzen • Uhr-
gehäuse • Fächer (3 Bände) • Aus-
schnitt-Gewerbe (2 Bde.) • Baum-Isk-
kerter (2 Bde.) • Kreuzstick (2 Bd.) •
Veränderung • Häppeln usw.

Jedem Band 90 Illustrat. zu
für Druck 9.90 haben oder
Druck 10.00, Relativ.
Postfach-Zentrale Leipzig 52279.

Zahnstetter Reichenberger

Sohrau OS., Ring

Anfertigung künstl. Zähne, Stitz-
zähne, Goldkronen und Brücken.
Zahnziehen und Plombieren.

Goldene Trauringe u. Ohrringe

in jedem Feingehalt sind stets zu haben bei

Engelmann, Sohrau (Ruschowka.)

Ein Pianino

ist zu verkaufen. Näheres zu erfragen
bei Bruno Ellas, Sohrau OS.

Kalender für 1922:

Regensburger Marienkalender

Christlicher Familienkalender

St. Michaelskalender

Röblers Deutscher Kalender

Paynes Illust. Familienkalender

sind eingetroffen.

P. Hunold's Buch- und Papierhandlung.

Kinderwagen, Sportwagen

liefert preiswert ab Fabrik

Engelmann, Sohrau, 2 Min. vom Bahnhof.



Das Vaterland über die Partei!

Das ist der Grundfah. Unter ihm sollen sich
alle vereinen, die dem Wiederaufbau dienen.
Ablehnung des Klassenkampfes! Wiederein-
setzung echt deutschen Nationalempfindens,
deutscher Treue, deutscher Wahrhaftigkeit,
deutscher Ehre! Eingehende Parlements-
berichte. Umfangreicher Nachschichtendienst.
Börsen- und Sport. Erscheint täglich morgens.
Monatlich M. 7,50 frei Haus. Bestellungen
durch jedes Postamt und beim Briefträger.

Berlin SW 11, Dessauer Straße 6

30 bis 45 Mark täglich

Nebenberuflich, nachmittags bei nur 2 bis 3 Stunden
Tätigkeit. Prospekt No. 760 gratis.

P. Wagenknecht Verlag, Leipzig.

Allen denen, welche es

Frühlingsschlaf
Urnium

Wenn Sie schlafen
wollen, werden
Sie Urnium schlafen.
Es ist das beste
Schlafmittel, das
es gibt. Es ist
schon in allen
Apotheken und
Büchereien.

Frühlingsschlaf

Am 29. Oktober verschied zu Pawlowitz als treuer Sohn seiner Kirche

der Kunstgärtner

Herr Franz Grötschel

im 75. Lebensjahre.

Derselbe hat bis Februar d. Js. während 48 Jahren ununterbrochen
in aufopfernder Weise mir und meinem Hause gedient. Seine
treuen Dienste sowie seine Anhänglichkeit an die Familie sichern
ihm unsere Dankbarkeit über das Grab hinaus.

Pawlowitz OS., den 29. Oktober 1921.

Hans Freiherr von Reitzenstein.

Sämtliche Drucksachen

für den Geschäfts- u. Privatbedarf
u. a. Rechnungen, Mit-
teilungen, Postkarten
Converts u. Firma

werden geschmackvoll und preisgemäß

angefertigt

P. Hunold, Stadtbuchdruckerei

Sohrau OS.

Gut erhaltener Tischofen

sowie ein Grammophon mit etlichen Platten
stehen zum Verkauf. Zu erfragen in der Expe-
dition dieses Blattes.

Vertreter Hausierer Marktreisende

für dauernden Schlager gesucht. Jede Anfrage lohnt.

„Dwa“ m. b. H., Bremen, Tiefer 9.

Für Flechten-Kranke!

Knoten-, Ring-, Eiter- und Bartflechte, auch
veraltete Leiden, heile ich unter Garantie mit
meinem vielbewährten **Flechtenhehl** in
8 bis 14 Tagen. — Zahlreiche Dankschreiben.

Eine Flasche genügt. Preis 25 Mark.

F. Müller, Heilkundiger, Bremen
Grosse Krammenstr. 23. Sprechst. 9-10 u. 3-4 Uhr.

Wer wenig Kohlen will verstoichen
Muss mit Persil die Wäsche kochen!



Kohlenspende, da nur einmaliges viertelstündiges Kochen. Billiges Was-
schen, da kein weiterer Zusatz von Seife, Seifenpulver usw. erforderlich.

PERSIL

Ist das beste selbsttätige Waschmittel! Überall erhältlich bei
Original-Packung, niemals lose.

Alleinige Hersteller: HENKEL & CO., DÜSSELDORF

Achtung!

Neu! Plisseebrenner! Neu!

in allen verschied. modernen Ausführungen.
Ebenso werden alle ins Fach schlagenden
Arbeiten reell und fachgemäß ausgeführt.

Ich bitte meine werte Kundschaft, mir
weiteres Vertrauen schenken zu wollen.

Um gütigen Zuspruch bittet

Josef Fröhlich, Sohrau
Färber- und chemische Reinigungs-Anstalt
mit Dampf- und elektrischem Betrieb.

Ein gut erhaltener

Milch-Separator

ist zu verkaufen.

Alle in mein Fach schlagenden

Reparaturen

werden schnell und sauber ausgeführt.

E. Knoppek, Mechaniker,

Sohrau OS., Töpferstraße 93.

1 Rutschschlitten, 1 Flügel
1 kleines Schaufenster
Diverse Weinflaschen

hat zu verkaufen

Hans Gloss, Ruptau.

Suchen Sie Grundstück?

mit oder ohne Geschäft, gleich wo, ver-
langen Sie kostenfrei den „Zentral-Markt“,
Fachblatt für Grundstücks- und Geschäfts-
verkäufe vom Verlag

Ernst Griesche & Co., Braunschweig.

Die neuesten

Modenhefte

[sind erschienen.

P. Hunold

Buch- u. Papierhandlg.

Sohrau OS.